

Druckbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-295. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Der Fall Stresemann-Parmoor.

Stresemanns Entgegnung.

Die Reichsregierung läßt folgendes sogenannte „Dementi“ verbreiten:

Wir wissen nicht, ob die Äußerungen Lord Parmoors tatsächlich gefallen und vom Sozialdemokratischen Parlamentsdienst richtig wiedergegeben sind. Tatsächlich hat aber Lord Parmoor anlässlich der Anwesenheit des Reichskanzlers, des Außenministers und des Finanzministers Dr. Luther in Hanley am 10. August mit keinem der deutschen Delegierten über die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund gesprochen.

Was soll die Erklärung? „In Hanley am 10. August“ hat Lord Parmoor mit keinem der deutschen Delegierten gesprochen? Auch nicht Prof. Murray? Auch nicht etwa andere anwesende Personen? Wie kommt es, daß Parmoor ausdrücklich versichert, er selbst habe mit Stresemann eine „entsprechende Unterredung“ gehabt? Ist das schon wieder nur ein „Missverständnis“ oder eine neue Dementierkatastrophe?

Parmoors neue Einladung.

Die Reichsregierung soll antworten!

Zu den heute veröffentlichten Äußerungen Lord Parmoors über die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund bemerkt die „Frankfurter Zeitung“:

„Diese Erklärungen des Führers der englischen Völkerbundsdelegation sind, wenn sie richtig wiedergegeben wurden, von größter politischer Bedeutung. Die Frage, ob in London mit Herrn Stresemann über den Völkerbund gesprochen worden ist, hat einen recht peinlichen Charakter angenommen. Wesentlich ist ferner die erste Erklärung Parmoors. Sie stellt fest, daß in der bekannten Rede Macdonalds eine englische Einladung zum Eintritt in den Völkerbund an Deutschland ergangen ist. Sie stellt dies fest, nachdem der französische Ministerpräsident seine Rede gehalten hat, und dieser Umstand macht nun in der Tat eine unverzügliche Stellungnahme der Reichsregierung erforderlich. Jetzt darf Deutschland nicht mehr schweigen. Vor allem wird die Reichsregierung sich sofort Klarheit über die Ausschüsse und etwaigen Voraussetzungen unseres Eintritts verschaffen müssen. Das hätte längst geschehen sollen. Aber es ist wohl noch nicht zu spät. Auch die Parteien, auf denen die bisherige Außenpolitik der Regierung Warg beruht, müssen sich regieren. In jedem Falle aber verlangt Lord Parmoors erneute Einladung eine abschließende und rechtzeitige Antwort. Das deutsche Volk verlangt von seiner Regierung zum

wenigsten, daß sie sich nicht selbst der Freiheit der Entscheidung beraube.“

Deutschland und der Völkerbund.

Graf Bernstorff über die Eintrittsbedingungen.

Genf, 16. September. (W.B.) In einer von den gegenwärtig hier weilenden Mitgliedern der Völkerbundsvereine einberufenen Versammlung hielt der Präsident der Deutschen Liga für den Völkerbund, Graf Bernstorff, einen Vortrag, in welchem er, anknüpfend an seine Darlegungen auf dem Kongreß der Völkerbundsvereine in Lyon, u. a. die Frage des deutschen Beitritts zum Völkerbund behandelte. Er erinnerte an die beiden Bedingungen, die Deutschland stellen müsse. Eintritt als Großmacht, d. h. mit einem ständigen Ratsitz und keine nachmalige Anerkennung des Versailler Vertrages. Er wies dabei auf die Gefahr hin, daß der Völkerbund die Aufnahme Deutschlands aus Gründen der vorherigen Regelung der Militärkontrolle verschleppen könnte, nachdem Deutschland ein Aufnahmegeruch eingereicht hatte. Das wäre eine Schlappe, der sich die deutsche Regierung nicht aussetzen könnte. Bei der Sicherheitsfrage, die auf der Tagesordnung der Zusammenkunft stand, verwies Graf Bernstorff auf die deutsche Denkschrift zum Garantiepaktprojekt.

Die Schiedsgerichtsfrage in Genf.

Eine Kompromißformel gefunden.

Paris, 16. September. (U.) Gestern Abend konnte in Genf nach mühseligen Verhandlungen, die den ganzen Tag hindurch andauerten, zwischen der französischen und englischen Delegation eine Kompromißformel in der Frage der Schiedsgerichtsbarkeit und der Sicherungen erzielt werden. Das erzielte Kompromiß ist in einem Dokument niedergelegt worden, das heute den beiden Delegationen noch einmal unterbreitet und dann von Dr. Benoist dem Unterausschuß der dritten Kommission vorgelegt werden wird. Das Dokument bezieht sich, einer Haasmedteilung zufolge, sowohl auf ein System der Schiedsgerichtsbarkeit für juristische Streitfälle wie auch für politische. Frankreich und England lassen einstimmig die Destination des Schiedspruches gelten, wonach derjenige der Angreifer ist, der den Schiedspruch ablehnt oder die Ausführung eines Urteils verweigert. Was die Abrüstungskonferenz anbelangt, so hebt der Sonderberichterstatter der Haasagentur noch einmal ausdrücklich hervor, daß die Konferenz im Anschluß an die Organisation des Schiedspruches und der Sicherungsgarantien einberufen werden wird und ihr nicht vorangehen darf.

Mängel der Wahlkreisreform.

Nicht Einmann-, aber Reimann-Kreise!

Von R. Hauschildt.

Fast alle Artikel, die seit der neuen Wahlkreisvorlage der Reichsregierung gewidmet wurden, waren auf Töne hohen Lobes abgestimmt. Die Regierung hatte erklärt, sie wolle mit ihrer Vorlage „der Persönlichkeit bei den Wahlen zum Reichsparlament wieder mehr Geltung verschaffen“. Mit Wonne wurde diese Wendung aufgegriffen und nach allen Seiten variiert, wobei es an Ausfällen gegen den heutigen Parlamentarismus nicht zu fehlen pflegte. Man gebärdete sich, als habe die Reichsregierung in der Einrichtung der kleineren Wahlkreise, die das Kernstück der Reform bilden, das Mittel zur Schaffung eines „Parlaments der Persönlichkeiten“ gefunden. Noch sind diese Gedankengänge voller Liebertreibung. Können kleine Wahlkreise in der Tat der gegebene Weg sein, ein Parlament mit möglichst viel erlauchten Gesichtern zu füllen, welches Ruffparlament müßte dann der alte preußische Dreiklassenlandtag gewesen sein, dessen Vertreter in zahllosen, äußerst kleinen Einzelkreisen gewählt wurden. In Wahrheit waren aber Geisteslosigkeit und Arbeitsunlust im wilhelminischen Preußenparlament Trumpf.

Um über den Wert des neuen Wahlkreisgesetzes ein Urteil fällen zu können, muß man sich seine praktische Wirkung an der Hand von Beispielen vergegenwärtigen, die sich auf der Grundlage der Reichstagswahlen vom 4. Mai bei einiger Mühe recht anschaulich gestalten lassen. Tut man das, dann fällt freilich fast alles, was die Regierung ihrer Vorlage an vorzüglichen Eigenschaften andichtet, in sich zusammen. Die Regierung sagt:

„Aufgabe der Reform muß es sein, der Einerwahl im Rahmen der Verhältniswahl möglichst nahezukommen.“

Wie dieses annähernde Zurück zur Einerwahl in der Praxis aussieht, lehrt ein Blick auf die Gestaltung der Dinge im Wahlkreisverband Berlin. Er soll in zehn Wahlkreise zerfallen, die nach dem Wählerstand der Parteien vom 4. Mai bei Zugrundelegung einer Teilungszahl von 75 000 Stimmen je Mandat 23 Abgeordnete ins Reichsparlament zu entsenden gehabt hätten, beim Verbleiben von erheblichen Reststimmenzahlen, die auf die verschiedenen Reichslisten gewandert wären. Von den 23 Berliner Abgeordneten hätten erhalten: SPD. 5, Zentrum 1, Volkspartei 2, Deutschnationale 6, Demokraten 2, NPD. 4, Bauern- bzw. Wirtschaftspartei 1, Deutschsoziale 1, Böllische 1. Die Verteilung der Mandate auf die einzelnen Wahlkreise gemäß den Höchststimmenzahlen der Parteien hätte folgendes wunderbare Bild ergeben:

Wahlkreis	SPD.	Zentrum	Deut. Volkspartei	Deut. Sozialpartei	Dem.	NPD.	Böllische	Wirtschaftspartei	Bauernpartei
I	30958	6788	13025	38217	18564	33776	6534	5101	7058
II	50884	8908	17055	51244	19345	39460	7764	6440	8958
III	48150	13491	27379	84926	34186	34075	10695	14950	15878
IV	44574	9491	24377	55115	27509	30274	8207	22881	21161
V	55829	8350	13384	40978	18731	69289	9787	5030	6570
VI	53716	8060	15930	53224	19730	47114	5843	7040	7677
VII	53867	9512	15441	42213	18008	55606	9654	7777	7638
VIII	35456	5897	12921	34949	9667	38830	8821	5812	7603
IX	50524	6052	14947	33786	12829	43672	8096	6332	8455
X	25462	7524	29963	64570	24700	14335	9238	10667	17538

(Die fettgedruckten Zahlen geben die Mandatsinhaber an, die kleineren 1/2 u. 1/3 die Reststimmenzahlen, wie die Mandate an die einzelnen Parteien gemäß den Höchststimmzahlen zufallen.)

Es ergibt sich, daß das System der kleineren Wahlkreise in Verbindung mit der Verhältniswahl der Einerwahl recht fernbleibt, von Annäherung kann gar keine Rede sein. Von den zehn Kreisen erhalten vier je 2 Sitze, zwei je 3 Sitze, einer 4 Sitze, einer sogar 5 Sitze, ein Einerkreis ist nicht vorhanden, aber zwei Kreise, I und VIII, erhalten überhaupt kein Mandat. Hat man derartiges je erlebt? Gab es im alten Staate Wahlkreise, die überhaupt keine Vertretung im Reichstag hatten? Dies Unikum gibt es auch nicht bei dem augenblicklichen System der großen Wahlkreise. Man wende nicht ein, es handle sich um eine Einzelercheinung, um eine „Berliner Spezialität“. Mit nichten! Im Wahlkreisverband Hessen (10 Wahlkreise) fällt der Wahlkreis Worms völlig aus, und im Wahlkreisverband Niedersachsen (12 Wahlkreise) der Wahlkreis Aurich, mehr als einen ganzen Regierungsbezirk umfassend. Ähnlich liegt es in fast je dem Wahlkreisverbande. Freilich gibt es auch Verbände, in denen jeder Wahlkreis zum Zuge kommt, so im Wahlkreisverband Brandenburg, in dem es nach dem Stande vom 4. Mai bei 75 000 Stimmen auf ein Mandat so aussehen würde:

Wahlkreis	SPD.	Zentrum	Deut. Volksp.	Dem.	NPD.	Böllische
Potsdam	45650	3124	22928	71416	10468	22260
Wittenberge	47313	2099	19471	95363	10732	21639
Eberswalde	32493	2684	14607	71890	8906	30603
Frankfurt a. O.	36774	4954	21239	84214	9144	14006
Landberg a. W.	40817	2358	15828	110229	9090	14481
Rottbus	70950	3323	20074	79528	13298	22248
Schneidemühl	15595	40902	8243	57425	3805	5268

Mit nur 13 Abgeordneten (SPD. 3, Volkspartei 1, Deutschnationale 7, NPD. und Böllische je 1) ist Brandenburg einer der kleinsten Wahlkreisverbände, in welchem wir

Youngs Arbeit in Paris.

Vor Umstellung der Reichsbahnverwaltung.

Paris, 16. September. (U.) Heinrich Robinson ist nach der „Chicago Tribune“ gestern zum ständigen Pariser Vertreter Owen Youngs, des Generalagenten für die Reparationszahlungen, ernannt worden. Robinson wird sich insbesondere mit der Reorganisation der Reichsbahnen und der Unterbringung der Industrie- und Eisenbahnobligationen befassen. Heute wird Owen Young der Reparationskommission einen Bericht über die in Berlin gefassten Maßnahmen zur Ausführung des Sachverständigenberichtes unterbreiten. Morgen findet im Hotel Astoria eine gemeinsame Sitzung sämtlicher nach dem Dawes-Gutachten eingekleideten Treuhänder und der Reparationskommission statt. Die Besprechungen werden sich die ganze Woche hinziehen. Es soll der Versuch gemacht werden, die Beziehungen zwischen der Abteilung des Generalagenten für die Zahlungen und den anderen Körperschaften des Sachverständigenberichtes festzulegen. Andererseits wird der Meinungsaustausch mit der Reparationskommission über Fragen fortgesetzt, die mit der Ausführung des Berichtes zusammenhängen. Owen Young beabsichtigt, ungefähr zwei Wochen in Paris zu bleiben. Er ist der Ansicht, wie „New York Herald“ weiter meldet, daß die neue deutsche Eisenbahnorganisation bereits nächste Woche in Kraft treten kann und kurze Zeit darauf die Eisenbahnlinien der franko-belgischen Regie übernommen werden können. Die Vorbereitungen zu der neuen deutschen Emissionbank werden wahrscheinlich Anfang November zu Ende geführt sein, sobald die erste deutsche Anleihe in den Vereinigten Staaten und den europäischen Ländern ausgebracht ist.

Der Riesenkampf im Saargebiet.

Volksparteiler Roedling als Scharfmacher.

Die Edelstahlwerke von Roedling und der übrige große Industriebetrieb dieser gewaltigen Unternehmung hat seiner Arbeiterschaft zugemutet, künftig 10 Stunden zu arbeiten und dafür sich die Löhne um 20 bis 25 Proz. reduzieren zu lassen. Herr Roedling hat diese Entschliebung in ganzseitigen Inseraten in der saarländischen Presse veröffentlicht in der Woche, in der er aus Genf zurückkam, wo er sich angeblich bemühte, die deutschen Interessen des Saargebietes zu vertreten. Er war auch in Bern, als die Arbeitsminister Deutschlands, Frankreichs, Englands und Belgiens über die Ratifizierung der Washingtoner Abmachungen über den Achtstundentag zur Einigung gelangten. Die deutschen Interessen des Saargebietes sucht er nun zu wahren, indem er den 7000 Arbeitern seiner Werke Unannehmliches zugemutet und ihnen im Falle der Nichtannahme dieser Bedingungen die Aussperrung androht. Jede Gelegenheit benutzte bisher Herr Roedling, um als Mitglied der Deutschen Volkspartei seine schwarzweiße

Bestimmung zum Ausdruck zu bringen. Er subventioniert und protegiert alle Organisationen und Veranstaltungen, die im Geiste des deutschen Nationalismus vorbereitet werden. Nun zeigt er seine deutsche Gesinnung, indem er, einer der reichsten Männer nicht nur des Saarlandes, sondern auch Deutschlands und Frankreichs, 7000 Arbeitern erschöpfende Leistungen unter Niederdrückung der Lebenshaltung zumutet.

Die Arbeiterschaft war einig in der Zurückweisung dieser unerhörten Zumutungen, es war ihren Organisationen gelungen, Arbeit für die meisten der mit Aussperrung Bedrohten in nahe Aussicht zu bekommen. Nun bemüht sich Herr Roedling als ein besonderer Kämpfer des Kapitalismus, überall Streikbrecher anzuwerben und auch die christlichen Arbeiterorganisationen des Saargebietes an sich zu locken, damit sie ihren Brüdern in den Rücken fallen. Wir hoffen, daß ihm auch dies nicht gelingen wird.

Der Bürgerkrieg in China.

London, 16. September. (Ca.) Der „Times“ wird aus Peking gemeldet: Seit Marschall Tschang-Tschin, Diktator von Nankin, in den Kampf eingegriffen hat und Truppenbewegungen aus fast allen Teilen Chinas gemeldet werden, nimmt Nordchina von Tag zu Tag immer mehr das Aussehen eines Landes im Kriegszustand an. Tschang-Tschin Truppen sind bereits in Peking eingedrückt und haben die Stadt Tschang-Fu eingenommen. Gleichzeitig stellen sie eine Operationsbasis in Tschang-Tschang an der Eisenbahnlinie Nankin-Peking her. Andererseits haben die Truppen der Regierung sich nach Tschang-Hui in der Nähe von Schanghai begeben. Weitere Truppen stehen in der Nähe der mandchurischen Grenze und etwa 170 Kilometer von Schanghai-Schang entfernt. Obwohl keine offizielle Kriegserklärung von beiden Seiten abgegeben worden ist, ist es offensichtlich, daß die Armeen von Peking sich daran machen, den Angriff Tschang-Tschins abzuwehren.

Weiter liegen aus Schanghai noch Nachrichten vor, denen zufolge während des ganzen Tages ungefähr 20 Kilometer vor Schanghai bei Hangiu lebhafteste Kämpfe stattgefunden haben, die jedoch kein endgültiges Ergebnis zeigten. Der Kommandant der Streitkräfte von Kiangshou sei entschlossen, sich der Stadt Schanghai zu bemächtigen, bevor Tschang-Tschin nach Süden vordringen könne. In Schanghai seien 1200 Verwundete eingetroffen. Aus Tientsin läuft weiter die Nachricht ein, daß die Truppen Wu-Peng-Fus weiter von Luo-Tiang-He nach Schanghai vordringen. Sie seien gut mit Material und Flugzeugen ausgerüstet und führen auch Gasmasken mit sich. Die Eisenbahn in der Nähe der „Großen Mauer“ in der Mandchurei ist unterbrochen worden. Der „Daily Express“ meldet aus Schanghai, daß Tschang-Tschin die Stadt Tschao-Tsu besetzt habe.

Aus Washington wird gemeldet, daß die Regierung der Vereinigten Staaten eine günstige Gelegenheit abwartet, um China ihre Vermittlung anzubieten.

die seltsame Erscheinung finden, daß eine Partei in jedem Wahlkreise zu einem Mandat kommt. Diese Glücklichen sind hier die Deutschnationalen. Von Annäherung an den Einereis ist aber durchaus in Brandenburg keine Rede. Nur zwei Einereise sind vorhanden, dagegen vier Zweier- und ein Dreierkreis.

Völlig unhaltbar ist die Mandatshäufung in einzelnen kleinen Kreisen. Von den 23 Berliner Mandaten würden am 4. Mai nicht weniger als neun auf Berlin III und IV entfallen sein, bei 923 000 Einwohnern, während die verbleibenden acht Berliner Kreise mit 2 870 000 Einwohnern nur 14 Sitze erhalten hätten. In Niedersachsen mit 12 Wahlkreisen ergibt sich ein ähnliches Bild; dort entfallen 12 von 25 Mandaten auf die drei Kreise Hammoer-Stadt, Land Bremen und Land Braunschweig. Wozu braucht man denn Nierenwahlkreise zu zerlegen, wenn in der Praxis nichts anderes herauskommt als eine Mandatsüberfüllung einzelner Kreise, unter der das Gros der Wahlkreise leiden, einige sogar völlig vertretungslos bleiben müssen.

Gegen letzteres Uebel gibt es zwar die in der Regierungsvorlage ausdrücklich zugelassenen Doppelkandidaturen, die indessen auch nur verlockend scheinen, aber keineswegs begriffenswert sind. Gewiß könnten zum Beispiel unsere Anhänger in Berlin I und II an erster Stelle einen gemeinsamen Kandidaten nominieren, der als gemeinsamer Abgeordneter beider Kreise sicher gewählt werden würde. Da dadurch aber eine Kandidatur entsteht, die von vornherein allen sozialdemokratischen Mitbewerbern um 25 000 Stimmen voraus ist, verschlechtern sich damit die Aussichten gar manches Einzelkandidaten, und es entsteht der Anreiz zur Schaffung weiterer Doppelkandidaturen, die dann alle natürlichen Mehrheitsverhältnisse auf den Kopf stellen. Draußen im Lande aber, wo ein Doppelmandatar Wahlkreise, die 15 bis 16 Stadt- und Landkreise umfassen, zu beackern hat, schlagen Doppelmandate dem so hochgepriesenen angeblichen Erfolg der Reformvorlage, den Abgeordneten wieder „in enge Fühlung mit seinen Wählern“ zu bringen, direkt ins Gesicht.

Wir können uns nicht vorstellen, daß es auch nur eine einzige Partei gibt, die an den Ergebnissen des Systems der kleineren Wahlkreise Freude haben könnte. Schließlich dürfen die auf dem Boden des Frauenstimmrechts stehenden Parteien auch nicht vergessen, daß das geplante System unter allen Umständen zu einer weiteren Hinausdrängung der Frauen aus den Parlamenten führen muß, zu denen sie sich kaum Zugang verschafft haben. Schon sind die Frauen im gegenwärtigen Reichstag auf 26, gegen 36 im vorigen, reduziert worden. Die kleinen Wahlkreise, in denen die Frau naturgemäß in Mandatenkonturrenz des Mannes viel eher erliegt als im Großwahlkreise, werden die Zahl der Abgeordneten um mindestens ein weiteres Dutzend zurückschreiben. Angesichts aller dieser teils schweren Mängel der Reformvorlage kommen wir zu dem Ergebnis, daß sie über das von dem Verhältniswahlssystem, an dem unter keinen Umständen gerüttelt werden darf, gegebene Ziel der Wahlkreisverkleinerung weit hinauschießt.

Wer macht Krise?

Eine Mahnung zur Wahrhaftigkeit.

während die volksparteiliche „Zeit“ langsam von den Deutschnationalen abruht und die Gültigkeit des Berliner Paktes bestrittet, schreibt die gleichfalls volksparteilich-offizielle „Nationalliberale Korrespondenz“ noch ganz im Stil der deutschnationalen Presse das folgende:

Die Sozialdemokratie setzt sich nach Neuwahlen. Sie hatte bestimmt auf eine Auflösung des Reichstages bei den Verhandlungen über das Dawes-Gutachten gehofft und auch schon umfassende Vorbereitungen für den Wahlkampf getroffen. Aus sozialdemokratischen Kreisen waren sogar Drohungen laut geworden, eine Annahme des Eisenbahngesetzes durch nur teilweise Zustimmung der Deutschnationalen zu verhindern; es sollten dann eine entsprechende Anzahl sozialdemokratischer Abgeordneter aus dem Sitzungssaal verschwinden. Das Manöver wurde

durch die deutschnationale Taktik bei der Abstimmung verhindert. Seitdem arbeitet die Sozialdemokratie auf eine Regierungskrise hin; mindestens ein Teil der demokratischen Presse unterstützt sie dabei.

Es ist kaum möglich, in so wenigen Sätzen mehr Unwahrheiten zu vereinigen. Es ist wohl richtig, daß die Sozialdemokratie diesen arbeitsunfähigen Prügler-Reichstag mit seinen 60 Kommunisten, 24 Nationalsozialisten, und 106 Deutschnationalen ehestens los zu werden wünscht, alles andere aber ist bewußte Irreführung der Leser.

Indem die Volkspartei den Deutschnationalen vier Sitze in der Reichsregierung versprach, eröffnete sie die Regierungskrise. Und indem sie den Deutschnationalen half, die Kriegsschuldfrage auf einen falschen Weg zu bringen, verurteilte sie die scheußlichen Verlegenheiten, in die sich die Regierung verstrickt hat. Indem die Deutschnationalen ihr Ultimatum in der Notifizierungsfrage erließen, vermehrten sie diese Schwierigkeiten ins Ungemessene. Dann kam Herr Stresemann am 12. September nach Berlin zurück und hielt vor den Pressevertretern eine Rede, die auf beiden Seiten übereinstimmend als eine Anpassung an die deutschnationalen Forderungen aufgefaßt wurde. Damit sahen wir die Regierungskrise als eröffnet an und teilten dies unseren Lesern mit.

Seitdem ist — nicht zuletzt vielleicht infolge unserer Veröffentlichungen — eine rückläufige Bewegung eingetreten. Herr Stresemann torrigierte am 13. seine Erklärungen vom 12. Damit war die „Einigkeit“ wiederhergestellt. Mit der Notifizierung hat man es nicht mehr so eilig, und die „Zeit“ gibt den Deutschnationalen zu verstehen, daß sie gar keinen Anspruch auf Regierungssitze hätten, da die Verantwortung für das Zustandekommen des Londoner Vertrages von ihnen gar nicht übernommen worden sei.

Es ist richtig, daß auf diese Weise für die Volkspartei und Herrn Dr. Stresemann eine peinliche Situation entstanden ist, die wahrscheinlich in der Reichstagsfraktion noch ihr Nachspiel haben wird. Aber es kann nicht gestattet werden, daß diejenigen, die diese Krise gemacht haben, sich jetzt als die Unschuldensengel hinstellen und so tun, als wäre der liebe Frieden nun von den bösen Sozialdemokraten gestört worden.

Notifizierung im Augenblick unzulässig.

Ueber das Ergebnis der gestrigen Kabinettsitzung weiß die „Germania“ zu berichten:

Die Reichsregierung hat zwar erklärt, daß sie den Widerruf der Kriegsschuld den fremden Mächten amtlich zur Kenntnis bringen werde. Sie hat sich aber in keinem Augenblick auf Form und Zeitpunkt der Notifizierung festgelegt, sondern mehrfach erklärt, daß darüber in einem demnächst stattfindenden Kabinettsrat Beschluß gefaßt werden solle. Es war von vornherein klar, daß entscheidend für den Entschluß der Regierung lediglich die gegenwärtige Gesamtsituation sein kann. Nun hat sich aber inzwischen immer deutlicher gezeigt, daß die Notifizierung im Augenblick unzulässig ist und die politische Lage unnötig erschweren würde, ohne die Kriegsschuldfrage selbst auch nur einen Schritt vorwärts zu bringen. Deshalb wird die Notifizierung einstweilen nicht erfolgen, und hierauf bezieht sich auch die Uebereinstimmung der Auffassungen, von der in dem amtlichen Kommuniqué die Rede ist. Es darf als sicher gelten, daß der Kabinettsrat, der am nächsten Dienstag unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten stattfindet, in diesem Sinne beschließen wird. Die Kriegsschuldfrage dürfte damit einstweilen als erledigt gelten und so lange vertagt sein, bis sich ein geeigneter Anlaß zu ihrer Wiederaufnahme ergibt.

Wie Herr Marx hat auch Herr Stresemann Berlin wieder verlassen. Es verlautet jetzt, daß der Reichstag nicht vor dem 15. Oktober einberufen werden und daß zuvor bestimmt kein Schritt in der Kriegsschuldfrage unternommen werden wird.

Innenminister Severing hat, wie der „Hannoversche Kurier“ erzählt, den hannoverschen Regierungspräsidenten angewiesen, den Vertrag mit Oberbürgermeister Heinert, durch den dieser auf Lebenszeit mit vollem Gehalt pensioniert wird, zu beanstanden.

Dummheit und Feigheit.

Deutschnationale Selbstbespiegelung.

In der „Pflucht“, der Wochenschrift der „Baterländischen“, schreibt der deutschnationale Oberfinanzrat Dr. Bang:

„Erlaucht“ worden — wie es in dem etzhaften Jargon unserer Hausiererlogik heißt (Höre, Herg! Red. d. „B.“) — ist mit der Preisgabe unserer Ehre, unserer Freiheit und unserer Souveränität, nichts, nicht das geringste, kein irgendwelcher politischer oder wirtschaftlicher Vorteil, auch kein „Zeitgewinn“.

Und er wird poetisch und zitiert:

Ihr habt euch selber euer Los geschaffen,
So gebt den Vätern nicht die Schuld daran,
Dummheit und Feigheit bieten selbst die Waffen,
Daß freche Redertracht sie knechten kann.

In derselben Zeitschrift schreibt Prinz Friedrich Wilhelm zur Spitze:

Die deutschnationale Fraktion hat im ganzen republikanisch und demokratisch gehandelt, dadurch, daß sie Vertreter der besetzten Gebiete und der Landesverbände zur Bernennung heranzog, also doch dem Gebanten Ausdruck gab, die Masse zu Worte kommen zu lassen. Deshalb ist es ganz gleichgültig, welcher der beiden Fraktionensteile in der Einschätzung des vaterländischen Willens des Volkes recht gehabt, wie weit der eine ihn überschätzt, der andere ihn unterschätzt hat — die ganze Fraktion hat — wenn auch mit Abstufungen — demokratisch gehandelt.

„Dummheit und Feigheit“, das mag noch hingehen. Aber der deutschnationale Fraktion vorwerfen, sie hätte „republikanisch und demokratisch gehandelt“, das ist eine Beleidigung, die sie sich nicht gefallen lassen kann!

Kahr predigt Staatsgefinnung.

Kahr, der es vorgezogen hatte, nach dem Ludendorff-Prozess in der Verletzung zu verschwinden, bringt sich jetzt wieder in wohlwollende Erinnerung. Er ist noch immer Regierungspräsident und wartet darauf, die Treppe hinaufzufallen. Auch die Sprache hat er wiedergefunden. Er hielt vor dem landwirtschaftlichen Kreisverein Oberbayerns in Bad Aibling eine Rede, die merkwürdig bekannt anmutet. So sagte er u. a.:

„Es ist lebensnotwendig, daß sich unser Volk in seiner Gesamtheit wieder auf den Sozialismus besinnt, daß es sich über sein Werk und seine Notwendigkeit, über das Pflichtverhältnis des einzelnen zum Staate klar wird. Das allergrößte Interesse an der Wiederaufrichtung, an dem Gedeihen des Staates, vor dem man Ehrfurcht haben kann, hat im deutschen Volke der Bauer.“

Derartige Sprüche hat Kahr auch vor dem Hiltner-Ludendorff-Bund gehalten. Wehrliche Worte gebrauchte er, um sich bei seinem Berühr im Bundspruch einen passablen Abgang zu verschaffen. Sie stehen einem Manne schlecht zu Gesicht, der das Gegenstück dessen tut, was er als Ernteprediger verkündet. Kahr ist es gewesen, der in Bayern die Achtung vor dem Reich untergraben hat. Kahrs Schuld war es, wenn die Reichseinheit zeitweise in einem blutigen Bürgerkrieg unterzugehen drohte. Kahrs Verdienst ist es, wenn die Staatsautorität in Bayern selbst vollständig verlagte.

Wenn Kahr von der Ehrfurcht vor dem Staat und von der Pflichterfüllung gegen den Staat spricht, macht er dabei den inneren Vorbehalt: „Wie ich ihn auffasse.“ So auch in seiner Aiblinger Rede. Er ist Monarchist und predigt als solcher Staatsgefinnung; er ist ein erbitterter Feind der Republik und bekämpft als solcher die Staatsgefinnung. Was dabei herauskommt, hat die Vergangenheit gezeigt. Eine derartige Auffassung von den Pflichten dem Staate gegenüber gibt jedem Hochverräter ein verbrieftes Recht auf Revolution. Heute wie Kahr bleiben deshalb stets eine Gefahr für die Republik und das Bestehen des Reichs, und es ist Sache des Reichs, hier nach dem Rechte zu sehen.

Ein Mißgriff.

Die Schundliteratur-Ausstellung in München.

Wir haben heute morgen von der Entrüstung der katholischen Presse Mitteilung gemacht, die sich gegen eine im „sozialdemokratischen“ Gewerkschaftshaus“ veranstaltete Ausstellung von Schund-

Das Pferd.

Von Bruno Frei.

Ein Feiertag! Wie leicht ist man glücklich auf einer Insel im Adriatischen Meer, gebadet in Sonne und Wasser. Wochen des gesicherten Genusses. Sie fühlen sich gestärkt und erholte, sie strecken Ihren Körper im Wohlbehagen stählerner Stärke, Sie haben gesturmt, sind weit hinausgeschwommen in die glühende Unendlichkeit des Wassers. Der feurige sizilianische Wein pulst in Ihren Adern. Die Welt brachte gute Nachrichten von zu Hause. Sie haben auch ein wenig geerbt, leicht und fruchtbar. Sie denken, wenn doch immer alles so schön wäre, wenn doch immer alles so spielend gelänge. Nun gehen Sie an der Seite einer schönen Frau im abendlichen Wald spazieren. Die Pinienkronen rauschen hoch oben, Sie fühlen sich als Lebensflieger; Lebensdrang und Kraftbewußtsein erfüllen Sie. Sie schreiten auf sicherem Grunde.

Von unfaßbarer Schönheit ist das Sterben der Sonne im Meere. Die Haut am Waldbrande, unmittelbar an der Küste, läßt Sie sinnend verweilen. Die Farbenglut am Firmament malt eine Schlacht zwischen Brand und löschendem Strahl.

Und es ist eine grenzenlose Stelle im Angesichte dieses Dramas von Hell und Dunkel.

Und schließlich liegt dennoch das Dunkel.

Sie schreiten durch die engen Gassen der kleinen Stadt langsam heimwärts. Berauscht, ein wenig betäubt von dem Gewicht der Schönheit und des Glücks.

Sie biegen um eine Ecke. Sie sehen einen Haufen Leute aufgeregt besonnenstehen. Es ist vor einem Gasthof, in dessen Vorgarten die Menge sich drängt. Die anderen, die nicht hineinkönnen, versuchen neugierig zwischen den Bänken des Jaunes durchzugucken.

„Das Volk hier ist leicht erregt!“ — Denken Sie — „was kann den Arges passiert sein.“

Ihre Neugierde läßt Sie aber weiterforschen. Die Menge weicht vor der Autorität Ihres guten Anzugs. Schließlich stehen Sie vor einem verendenden Pferd. „Dachte ich mir's doch, es wird nichts sein.“ — sagen Sie verärgert. „Ein Pferd, was ist schon dabei.“

Das sterbende Pferd aber ist häßlich. Von einer häßlichkeit, die allen Glanz und alle Schönheit des Tages im Augenblick auslöscht, als ob sie nie gewesen wären. Da liegt es mit aufgeschlagenem Bauch und stößt krampfhaft zuckend mit den Beinen in die Luft. Jemandem zwingt Sie hinzuschauen. Da — eine blasse Wunde im Unterleib, Blut und Eingeweide quillen hervor. Das Pferd muß verletzt worden sein. Das Antlitz des Pferdes ist ein lauter Schrei ohnmächtigen Schmerzes, die Augen brüllen den stummen Hilferuf der leidgequälten Kreatur.

Das Volk steht gaffend und schmahend im schwachen Licht der Straßenlaterne.

Und das Pferd seufzt in grenzenloser Einsamkeit die letzte Pein alles Lebenden.

Da ist es aus mit Ihrem Glücksgefühl, mit Ihrem Kraftbewußtsein, mit Ihren arglosen Siegesgedanken. Ein Schrei geht in Ihren Ohren — der Schrei der Angst und der Qual, der Schrei von treuhenden Müttern und sterbenden Greisen, ein Schrei aus zehntausend Spitalbetten und Millionen Schmerzenslagern. Sie sehen die Tränen verlassener Frauen und den Anlaggedäch hungeriger Kinder. Sie hören das Zähneknirschen der Umerückten und den Peitschenschlag roher Pferdeschinder.

Sie sehen das Märchen von der Schönheit als Lüge zerrissen und die Lüge vom Glück als Märchen. Sie erkennen, daß es kein Glück geben kann für den Menschen, der sich ausschließt aus der Selbstgemeinschaft aller Kreatur. Sie erkennen, daß der stützende Mensch ankämpfen muß gegen alle niederdrückenden, weil überflüssigen Leiden. Sie ohnen, daß es nur eine einzige Schönheit, nur ein einziges Glücksgefühl wirklich gibt: die Schönheit, die in der Ueberwindung des Häßlichen liegt, das Glück, das im Kampfe gegen das Leid besteht.

Und dies alles, weiß Sie zufällig die letzte Viertelstunde eines elenden Zuges erlebt.

Valentins Vorstadt-Theater.

Gastspiel im Neuen Operettenhaus.

In München wird der Komiker Karl Valentini auch von den beschiedenen Leuten bewundert, die nicht auf Adolf Hiltner Schmären und denen es sauer ausfällt, wenn Ludendorff als ein Nationalheld gefeiert wird. Also haben die besseren Leute zu Karl Valentini. Sie tun es, weil er so dämlich, so dummschlau, so mager, so kindlich ist. Valentini ist stockmager, sein Kopf unendlich winzig, die Augen sind so verwässert, daß man es sofort weg hat; der Kerk seidet an Futurismus und muß also im Grund ein armer Teufel sein. Wirklich, will Valentini nur ein wenig auffallen, dann muß er sich die Backen ganz ziegelrot anstreichen. Er ist sicher kein toller Komiker, wie er in Berlin besonders beliebt sein könnte, er ist ein zaghafter, ein sparsamer, sogar ein geistiger Elms. Er tut die großen Lippen kaum auf, um zu reden. Es geschieht höchst selten, daß er sich in lebhafterer Bewegung ausgiebt. So ist dieser Horlekin aus München beschaffen. Man möchte meinen, die Spahmacher, die von dorten stammen, müßten vierströmer, bierbäuchiger, muskulöser und lauter raunend oder grunzend auftreten. Daß Valentini das Gegenteil von alledem tut, übertrifft am meisten. Denn es muß gesagt werden, daß er immer erst mit Gesten und Drücken und Werten und Gähnen- und Handnuckelbewegungen einen Anlauf nimmt, bevor er eines von seinen gar nicht gepfefferten, nur tragikomisch blöden Witworten herausbringt.

Jetzt ist alles zum Ruhme Valentins gefogt. Man möchte noch

betonen, daß er auch müßiger ist als Ludendorff, der Münchener Mit-Siegfried von 1924, und Adolf Hiltner, der bekannte Windhunderfinder und der noch bekanntere Karren- und Windhundprophet. Respekt, wenn Respekt gebührt. Denn er wogte, was die beiden anderen nur wollten, doch nicht wogten, den Watsch auf Berlin, und warf sich nicht gleich in den Dreck, als ihm die Kritiker entgegentraten.

Die Kritiker sind nämlich der Ansicht, daß Karl Valentini zusammen mit seiner Gemahlin, Frau Karlfried, die im Beginn zum Herrn Gemahl kurz und rupplich wirkt, deswegen aber nicht weniger komisch, der Watsch sind die Kritiker, daß Karl Valentini viel zu pompös bei uns einwanderte. Er wollte ein ganzes Stadttheaterstück bringen und er machte aus einer Varietë-Nummer, bei der man sich 20 Minuten lang tot gelacht hätte, einen Theaterabend, bei dem man sich zwei Stunden lang beinahe ärgerte. Das lag nicht am Komikerkarren Valentini, sondern an seiner miserablen Regie. Solch Bierul zwischen dem Schmierensmuffanten und dem Schmierensmuffanten paßt ins Zingelangel, aber nicht ins großartige Theater. Der Mann gehört zwischen Sellinger und Elefant — was gar keine schlechte Gesellschaft für einen ordentlichen Clown ist, der etwas auf sich hält. Valentini bleibt nichtbedeutender ein ordentliches Originalgenie, das die Münchener Watschspielerei beinahe vergeistigt und die Meinung auf absurdum führt, die Menschen würden an der Vorurteil mit Vomuchelöpsen geboren. Karl Valentini wurde mit einem hellen, feigen, kindlichen Köpfchen geboren, und seiner Gemahlin, der Frau Karl Fried, hat er ihre angeborene Komödiantentale so gut erzogen, daß sie aus einer Dame ein fabelhaft schäner, rundlicher, läppischer, in Körperlichkeit und forpulerter Schlemmigkeit leuchtender Schmerensmuffler wurde. m. h.

Südamerika im Film. Oberingenieur Dreyer, dem wir bereits eine Reihe interessanter Kulturfilme verankert, führt jetzt in der „Urania“ den ersten seiner Südamerikafilme vor, die er Anfang dieses Jahres dort aufgenommen hat. Wir machen auf einem neuen Gondeldampfer die U-berfahrt; das Leben an Bord (besonders der hier überwiegenden 3. Klasse) wird gezeigt. Wir genießen die majestätische Schönheit des Meeres, erleben uns am Anblick Fischbänke, besuchen Rodiza und die Capoverdeischen Inseln. Die Regentortale wird mit dreitem Behagen eingelegt. Dann aber geht die Fahrt nach Brasilien, dessen Hauptstädten eingelaufen werden. Abschließend werden uns Irerere unternommen. Die wirtschaftliche Struktur des Landes wird demonstriert, die deutschen Kolonien besichtigt. In Rio de Janeiro ist wirklich eine der schönsten Städte der Welt — in seiner wunderbaren Lage an dieser schön gesäumtenen Bucht mit den hohen Bergen im Hintergrunde. Und sein botanischer Garten mit den geraden Königspalmen ist wirklich eine Sehenswürdigkeit. Ein Besuch im Schlangeninstitut, wo ein Serum gegen Schlangengift gewonnen wird, eine Drohlfahrt auf einen zuckerartigen Berg oder ein Wästelchen in den Camp oder in die Kaffe- und Baumwollplantagen gewähren vorzügliche Einblicke in brasilianisches Leben. Der Film erfüllt hier aufs beste unsere Sehnsucht nach fremden Ländern und Kulturen.

literatur voran. Bei dieser Ausstellung sollten auch katholische Glaubenssätze und ein Katechismus ins Kapitel „Schundliteratur“ verweisen werden sein.

Unsere Stellung zu einer solchen Taktlosigkeit haben wir bereits gekennzeichnet. Inzwischen ist in Nürnberg selbst der Fehler korrigiert worden. Es handelte sich um eine Ausstellung von Jungsozialisten. Die Leitung des sozialdemokratischen Vereins ließ, als sie auf die Entgegnung aufmerksam gemacht wurde, die Ausstellung sofort schließen und gab dadurch zu erkennen, daß sie das Vorgehen der Aussteller nicht billigt.

Der Feind steht rechts!

Nede Wirths in Gleiwitz. — Völkisch-kommunistischer Krafteel.

Gleiwitz, 16. September. (Gaa.) Der frühere Reichstanzler Dr. Wirth hielt gestern abend im Gleiwitzer Stadttheater unter starken Sicherungen durch Eintrittskontrolle und durch den Saalschutz des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold eine Rede, die ausschließlich gegen die Deutschnationalen gerichtet war und die Forderung vertrat, die auf Völkerverständigung hingzielende Politik des Reichstanzlers Wirth nicht durch völkischen Propaganda stören zu lassen. Die in der Hauptsache aus Zentrumsanhängern sich zusammensetzende Zuhörerschaft erstidte völkische Widerprüfungsversuche, obwohl es zeitweilig zu stürmischen Unterbrechungen des Redners kam. Nach Schluß der Versammlung sammelten sich nationalsozialistische und kommunistische Elemente vor dem in der Nähe des Stadttheaters gelegenen „Schiffischen Hof“. Da dort eine heute hier weilende Entente-Kontrollkommission untergebracht war, stand zu ihrem Schutz vor dem Gebäude ein größeres Polizeiaufgebot; es kam zu Reibereien.

Die Verleumder werden gestellt.

Offener Brief des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold an den Abg. Weisler.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Ortsgruppe Eichwalde, hat an den Führer der Vaterländischen Verbände, den Reichstagsabgeordneten Weisler, einen offenen Brief gerichtet, in dem Weisler aufgefordert wird, den Nachweis für seine Behauptung zu erbringen, daß die Mitglieder des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold bei ihrem Eintritt ein Handgeld von zunächst 40 M., später von 60 M. erhielten. Da in dieser Behauptung eine schwere Beleidigung des Reichsbanners erblickt wird, beruft die Ortsgruppe Eichwalde zum 5. Oktober vormittags 10 Uhr eine öffentliche Versammlung nach Eichwalde ein, zu der Abgeordneter Weisler in dem offenen Brief eingeladen wird. Die Versammlung soll eine öffentliche Klarstellung über die Berechtigung der Behauptungen über angeblich gezahltes Handgeld erbringen.

Steuerherabsetzung vom 1. Oktober ab.

Der „Deutsche Reichsanzeiger“ veröffentlicht die Verordnung des Reichspräsidenten über „wirtschaftlich notwendige Steuer-milderungen“, welche die Herabsetzung der Umsatzsteuer auf 2 Proz. und die Herabsetzung der Gewerbesteuer und der Wertpapiersteuer vorsieht. Die neuen Steuersätze treten mit dem 1. Oktober 1924 in Kraft. Die Verordnung ist auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassen. Die Verordnung ist aus Freudenstadt datiert vom 14. September 1924. Artikel des Reichsanzeigers hat sie in Vertretung Dr. Gehler, der Reichswehramtler, gegengezeichnet.

Die Gütertarifermäßigung.

Entsprechend der Herabsetzung der derzeitigen Früchten der Normalfrachten der Gütertarife um 10 Proz. vom 1. d. M. ab werden die Gepäc- und Expressgebühren mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. ab ebenfalls um 10 Proz. ermäßigt. Die Mindestfrachten bleiben unverändert.

Das Blutbad in Georgien.

Ein Hilferuf der georgischen Genossen.

Der Vorstand der Berliner Gruppe der Sozialdemokratischen Partei Georgiens wendet sich mit einem Aufruf an die deutschen Arbeiter, aus dem wir die markantesten Stellen wiedergeben:

„Die Sozialdemokratische Partei Georgiens ist eine entschiedene Gegnerin der Ruffisch- und Russlands-akt. Wiederholt hat sie sich gegen einen Zustand ausgesprochen. Nicht etwa weil sie dazu keine moralische Berechtigung hat. Im Gegenteil. Die moralische Berechtigung zu einer Erhebung gegen die Moskauer Terroristen, die ein fremdes, friedliches, arbeitames Volke mit heber Kultur blutig unterdrücken, war außer Zweifel. Aber die Erhebung eines unbewaffneten Volkes gegen die waffenstrotzenden sowjetrussischen Okkupationsstruppen war aussichtslos. Der Sozialdemokratischen Partei war es klar, daß die Moskauer Truppen diesen Aufstand im Blute des georgischen Volkes erstickten würden, und sie rief ab. Aber ihr Ruf wurde nicht befolgt. Das Volk erhob sich, und die organisierte Arbeiterschaft konnte nicht beiseite stehen und zuschauen: Unsere Brüder folgten dem Rufe ihres Herzens und lie verbluten im Kampfe gegen die Moskauer Eroberer.“

Erschütternd sind die Mitteilungen in dem Aufruf über das Schicksal unserer gefangenen georgischen Genossen, die letzten Blutes von den Bolschewisten hingemordet wurden, obwohl sie mit dem Aufruf nichts zu tun hatten:

„Die 43 hingerichteten sozialistischen Führer sind nicht während des Aufstandes verhaftet worden. Genosse Salu wadie war schon mehr als zwei Jahre in Haft; der frühere Landwirtschaftsminister Noe Schomeriki — seit 11 Monaten; der Student Bagava — seit 9 Monaten; der frühere Bürgermeister von Tiflis Tschikwili — seit 3 Monaten; der frühere Chef der georgischen Volkswehr Waliko Dschugeli — seit dem 6. August. Ihre einzige Schuld war ihre Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei. Viele von ihnen waren auch der Sowjet-Regierung als entschiedene Gegner des Aufstandes bekannt. Unter diesen Opfern beklagen wir drei Genossen, die bis zum vorigen Jahre in Berlin weilten: Wassili Rodia, Viktor Zentradse und Grigori Jinsabadse. Sie waren im November 1922 mit noch 59 Genossen aus Tiflis nach Berlin gekommen und fanden hier für längere Zeit gastliche Aufnahme in der Herberge des Gewerkschaftshauses. Die Genossen Sebath und Kuschauler von der Berliner Gewerkschaftskommission nahmen sich ihrer an und suchten, leider vergebens, Arbeit für sie. Aus dem trübseligen Flüchtlingsdasein in Berlin trieb sie die Sehnsucht nach Arbeit, Weib und Kind illegal in die Heimat zurück. Dort fielen sie bald darauf — vor etwa einem Jahre — in die Hände der Häufner. Jetzt wurden sie erschossen. Als der Aufstand ausbrach, waren sie also schon etwa ein Jahr hinter Kerkermauern. Sie haben mit dem Aufstand nichts zu tun gehabt. Ihr einziges Verbrechen war ihre Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei.“

Der Aufruf der georgischen Genossen klingt in einem Appell an die deutsche Arbeiterschaft aus, der vollste Unterstützung verdient: „Genossen! Wir bitten Euch, Eure Stimme des Protestes gegen die Mordthat in Georgien zu erheben. Wir bitten Euch, der Moskauer Regierung, die sich eine Arbeiter- und Bauern-Regierung nennt, zuzurufen: Genug des vergossenen Bruderblutes! Haltet ein!“

„Verjunge dich selbst!“

„Das deutsche Selbstverjüngungsjahr 1925 als Polarstern für die hilflos auf dem Meer der neuen Zeit schwankenden, veralteten Staatschiffe.“ Dieser fabelhafte Satz ist keiner Groteske Raynonas entnommen, auch hat ihn nicht etwa die Courty-Mähler auf dem Gewissen, rein — er ist die Kellame eines Helfers (besser Dunkelredners) Fiehler-Bagrecht, den die holländische Presse mit dem schönen Wort, den „Idealisten im Quadrat“ gekennzeichnet hatte.

Belebe dich, deutsches Volk! Dein Retter ist erstanden. Schon sehe ich den Glanz des Jahres 2000, das nicht Frieden, sondern Freude bringen wird wie Fiehler, der es doch wissen muß, behauptet. Er hat einmal auf dem Broden (ausgerechnet) die Deutsche Großstadt gesehen; seitdem fühlt er sich als Lichtbringer, als Parzifal. Gleichzeitig hat er damals Nervenärzte konsultiert, was sicherlich das Vernünftigste an der ganzen Geschichte gewesen ist. Seinen Vortrag nennt er selbst „Das Stammeln eines Kindes“. Glücklicherweise hatten sich nur ein Duzend Zuhörer eingefunden; ein lebendiger Punkt, auf den man gerechnet hatte, war ausgeblieben. Der neue Messias spricht aber, nachdem er feierlich zwei Kerzen, die einer Totenschädel umflackern, angezündet hat, seine Bitte an den Schöpfer. „Denn erzählt er von sich und seiner Idee, auf „kleine Experimente“ großmächtig verzichtend. Schade! Das „große Etwas“ spukt in seinem armen Kopf herum, dessen Gedankenworts kein Mensch enträtseln kann. Idealismus predigt er bequemerweise, Selbstlosigkeit und Aufopferung; ganz bescheiden nennt er sich der Seher seines Volkes, Prophet der Zeit. Seine Aufgabe, zu der er natürlich berufen ist, heißt die deutsche Orgel, die er bauen will, den Schöpfer zu loben. Im nächsten Augenblick spricht er plötzlich vom Kindererbspielzeug und dem Bazillenkrieg. Gedankenstränge kosten ja nicht das Genick! Dann betoniert er immer wieder, daß er alter Soldat ist, kein „Simonadenpazifist“. Drei seiner Brüder sind im Hitlerprozeß verurteilt worden, bitte sehr! Ein holländischer Journalist hat ihn folgenden Dermalen beurteilt: „War weiß nicht, was man dazu sagen soll.“ Schließen wir uns dieser tief sinnigen Betrachtung an, gönnen wir ihm die geniale Entdeckung, daß 1925 fünfundsiebzig vor 2000 ist!!! Lassen wir diesen Jules Verne oder Zeppelin, mit denen er sich zu vergleichen beliebt, ruhig vom Menschheitsjahr 2000 träumen, das seine Menschheitsausstellung und — Sportsfeste „vielleicht“ bringt, für die er die kommende Generation trainieren will, geistig-weltsichtig.

Befähigend für unsere Zeit, daß es immer noch Menschen gibt, die solchem Hofussopus nicht widerstehen können, die trotz des Geldmangels zwei Mark für derartigen Unfraz übrig haben. Und hier liegt die Gefahr, die diese Heiligen anrichten, so wenig sie sonst ernst zu nehmen sind. War tut gut, sie in die Klasse der Hochstapler oder Psychopaten einzureihen und die Beschäftigung mit ihnen der Kriminalpolizei oder den Nervenärzten zu überlassen.

Der ehrfame Goldschmiedemeister.

Ein Bauernjägerflüchlein.

Ein Bauernjägerflüchlein konnte, nachdem es ihm gelungen war, lange Zeit unerkannt sein Unwesen auf den Berliner Bahnhöfen zu treiben, von der Kriminalpolizei überbracht und festgenommen werden. Die Bombe mochte sich, wie üblich, an Beute heran, die aus der Provinz zum Einkauf nach Berlin gekommen waren. Hatten sie unter dem Ankommen den „Geldbeutel“ herausgefunden, so machte sich einer an diesen heran. Durch geschickte Fragen hatte er bald das Woher und Wohin heraus und zur gegenseitigen Freude stellte man dann „zufällig“ fest, daß beide Bankleute seien. Der Berliner stellte sich dann als „Goldschmiedemeister“ vor, der hier ein gutgehendes Geschäft habe. Der Goldschmiedemeister lud den Provinzler ein, sich sein Geschäft zu ansehen, und in angeregter Unterhaltung gingen beide weiter. Auf dem Wege dorthin spricht sie ein anderer Mann an und bietet ihnen eine goldene Uhr und Kette zum Kauf an. Er sei, sagt er nun, bei einem „Herrchen“ von einem Mädchen um alles Bares bestohlen worden. Das nimmt der „Goldschmiedemeister“ zum Anlaß, seinen Landsmann dringend zur Vorsicht in Berlin zu mahnen. Dem Ausgepfänderten sagt er dann, daß er als Fachmann die angebotenen Wertgegenstände wohl zu schätzen wisse und ihm auch gern den verlangten Preis zahlen würde, lieber aber nicht so viel Geld in der Tasche habe. Das reizt den Provinzler und er macht nun das Geschäft. Aber nur, um später zu sehen, daß er Reppware gekauft hat. Merkt der Käufer zu früh, daß er betrogen worden ist, so springt ein dritter Mann hinzu. Aufgeregt fragt er den Käufer: „Sind Sie auch hinter diesen beiden Gaunern her, die da laufen?“ Die beiden lach ich auch, denn sie haben mich gründlich geneppelt.“ So hält er den Provinzler von der Verfolgung seiner Spiegelbilder ab und verschwindet dann auf der weiteren Verfolgung ebenfalls. Zweifellos war auch diese letzte Szene gar nicht nötig, wenn es dem „Goldschmiedemeister“ gelang, seinen neuen „Bekannt“, noch bevor man zu „seinem Geschäft“ kam, zu verlesen. Jetzt wurden die Bauernjäger endlich in einem Lokal am Stettiner Bahnhof gefaßt. Alle drei, die in ihren Kreisen als „Jakob“, „Audi“ und „Judenmilch“ bekannt sind, sind alle Praktiker auf diesem Gebiete. Mitteilungen weiterer durch diesen Trick Geschädigter nimmt Kriminalkommissar Wächter im Polizeipräsidium, Zimmer 392a, entgegen.

Ein Schulhausstreit im Kreuzbergbezirk.

Auf dem Gemeindefschulgrundstück Bergmannstr. 28/29 waren mehrere Jahrzehnte hindurch die Gemeindefschulen 133 und 149 untergebracht. Nach dem Kriege beanpruchte man die Schulräume größtenteils für die Erwerbslosenfürsorge, die damals in Eile eingerichtet wurde und daher keine eigenen Bauraum erhalten konnte. Die eine Schule mußte sofort weichen und sich in einem anderen Schulhause des Stadtteils einquartieren; der zweiten Schule mußte später dasselbe Schicksal. Seitdem führt ein Teil der Elternschaft einen langen und jähen Kampf um die Wiedergewinnung des alten Schulhauses, aber trotz eines Berges von Eingaben, die im Laufe der Jahre an alle möglichen Behörden gerichtet worden sind, hat sich bisher nichts erreichen lassen. Infolgedes zeitweiligen Rückganges der Arbeitslosigkeit sind im Jahre 1924 verschiedene Räume des alten Schulhauses frei geworden, so daß erwogen wurde, ob man es zum Teil wieder als Schulhaus verwenden könnte. Nachdem nun bekannt geworden ist, daß nicht an Zurückverlegung einer der früher hier untergebrachten Gemeindefschulen, sondern an Hineinlegung einer Mittelschule oder einer Fortbildungsschule gedacht wird, hat die Agitation für die Wiedergewinnung des Schulhauses neue Nahrung erhalten. Am Montag fand in der Aula des Gemeindefschulhauses Bergmannstr. 58/60 eine Elternversammlung für die 133. und die 149. Schule statt, in der die ganze Geschichte dieses Schulhausstreites von dem Referenten Witbrodt ausgestellt wurde. Die Versammlung war schwach besucht, so daß man bei einem nur geringen Teil der Elternschaft ein lebhaftes Interesse für den Streit annehmen möchte. Aber die Erregung mancher Versammlungsteilnehmer, besonders der weiblichen, war so stark, daß es in der Diskussion einige hitzige Ausfälle gab. Die Rückgabe des alten Hauses wurde verlangt, weil die jetzige Unterbringung der Schulen unzulänglich sei und die Kinder längere Schulwege machen müssen. Die Wahrung eines sozialdemokratischen Redners, daß man doch auch auf die Arbeitslosen Rücksicht nehmen müsse und der Erwerbslosenfürsorge nicht ohne ausreichenden Ersatz ihre jetzigen Räume nehmen könne, begegnete erstem Widerspruch. Wenig Freunde schien aber der Gedanke eines Schulstreites zu finden, und besonders die anwesenden Vertreter der Reichswehr warnten vor diesem Kampfmittel. Einstimmig wurde eine Resolution er-

lassen, in der die Elternschaft aufs neue (schärfsten) Protest gegen die Vergewaltigung ihrer Schulen erhebt, das ihr selbst gewordene alte Schulhaus zurückverlangt und gegenüber dem einseitigen Plan der Ueberweisung an eine andere Schule das Abwehrkampf mit allen zu Gebote stehenden Mitteln ankündigt.

Das Kleid in der Tüte.

Um ein Bild zu geben von der Leistungsfähigkeit der Damenschneider und der vielen Arbeiterinnen und Arbeiter, die hier beschäftigt werden, veranstaltet die Damenschneiderinnung Groß-Berlin jetzt im „Rheingold“ eine Herbstmodenschau. In der Hauptsache waren zu der Modenschau Damenschneider und Schneiderinnen aus dem Reich gekommen, um sich über das Neueste und Akerneueste zu informieren. Quer durch den langen Saal war eine breite Laufbahn angelegt, auf der die Mannequins, mit dem neuesten Staat angezogen, tänzelten. Was man gestern sah — 143 Kleider, Kostüme, Mäntel, Jacken wurden so nach und nach vorgeführt — war verblüffend genug. Wo zunächst einmal, um die Hauptsache getreulich zu berichten, die Kleider der Damen sind eng, ganz eng, noch enger. Sie werden wie eine Tüte über den Kopf gestreift, und zusammengelegt, hat so ein Kleid bequem in einer Tüte Platz. Und kurz sind die Kleider, ganz kurz, noch kürzer. Dann verlangt die Mode, daß die Kleider auch mit Straußenfedern und Peiz besetzt sind. In dem Programmheft zur Modenschau heißt es an einer Stelle: „Man muß die Mode bis zum Wahnsinn lieben!“ Lie das geschrieben hat, weiß genau Bescheid mit der Seel der Modedamen und sie bestätigt nur, was gestern vorgeführt wurde. In diesem Programmheft stehen überhaupt goldene Worte über die Mode. Da wird zum Beispiel gesagt: „Wir ziehen ein Dirndlkleid an und fühlen uns ein Kind des Landes (!), wir schmücken uns mit Diablen und ahnen die Größe einer Königin!“ Wobei nicht vergessen werden darf, darauf gebührend aufmerksam zu machen, daß Diablene in diesen kurzen und engen Tütskleidern besonders gut passen! Nicht in die Tüte, möchte man da lieber sagen! Es ist immerhin lustig zu sehen, welche Sorgen die anderen haben. Wir denken, wenn wir diesen Brunt sehen, mehr an die Arbeiter und Arbeiterinnen, die dafür hungerlöhne erhalten.

Eine gefährliche Gasse.

Am Schnittpunkt der Königstraße und der von Wannsee zur Fraueninsel führenden Chaussee ist es wegen der Unübersichtlichkeit der Straßengabelung schon häufig zu folgenschweren Unfällen gekommen. Erst in diesem Frühjahr hat ein Zusammenstoß eines Kraftwagens mit einem Radfahrer zwei Todesopfer gefordert. Durch Polizeiverordnung ist jetzt bestimmt worden, daß Radfahrer, die von der Fraueninsel kommen, an der 100 Meter vor dem Schnittpunkt der Fraueninsel-Chaussee mit der Königstraße aufgestellten Warnungstafel von ihren Rädern abzuspringen und sie um das Försterhaus bis zu der Königstraße zu führen haben. Andere Fahrzeuge haben an der gleichen Stelle Schritt oder mit verminderteter Geschwindigkeit zu fahren. Da die Warnungstafel nicht beachtet wurde, ist die Polizei jetzt mit scharfen Maßnahmen gegen Uebertreter vorgegangen. Am gestrigen Sonntag zwischen 1 und 6 Uhr nachmittags wurden an dieser Stelle durch Polizeibeamte nicht weniger als 21 Personen wegen Uebertretung der Polizeiverordnung festgestellt.

„Laden links“-Abend. Einen „lustigen Abend“ für die Berliner Arbeiterschaft“ veranstaltet die Redaktion des „Wohlfühlens“ am Mittwoch, den 24. September, abends 8 Uhr, im Saal IV des Gewerkschaftshauses, Engländerstr. 11. a. werden Hans Kaimann und Erich Weinert eigene Dichtungen vortragen. Karten sind durch die Berliner Bezirksorganisation der SPD. erhältlich.

Eine Ausstellung von Schülerzeichnungen findet in der 220. Gemeindefschule, Berlin O., Anglerstr. 3, vom 16.—20. September statt. Es werden ausgestellt: Dampfabarbeiten mit Ölmalen, Farben, Schmelz der Farbe in verschiedenen Techniken, Schriftmuster, Gedichte mit Illustrationen, Raumzeichnungen, farbige Kollagen von Blättern, Monogramme, Stempelstempel, Einzelzeichnungen usw. Während der Ausstellung sind Kindergruppen bei der Arbeit, so daß sich jeder Besucher davon überführen kann, daß selbst in der Schule nicht alles angeordnet wird. Die Ausstellung ist von 1 bis 7 Uhr geöffnet. Um 1/2 10 Uhr finden Vorträge statt. Für Organisationsleiter der Veranstalter, Lehrer B u t t e, bis 9 Uhr gern zur Verfügung.

Die Jagd über den Atlantischen Ozean. Der Cunard-Dampfer „Mauretania“, der gestern in Plymouth eintraf, hat die Strecke New-York-Boston in 4 Tagen 21 Stunden 57 Minuten zurückgelegt und damit einen neuen transatlantischen Rekord aufgestellt.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

- Einforderungen für diese Rubrik sind Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3.  **Hinzu an das Bezirkssekretariat, 2. Hof, 3. Trepp. rechts, zu richten.**
- 19. Kreis. Heute abend 7 1/2 Uhr öffentliche Versammlung im Gewerkschaftshaus, Engländerstr. 11. Die Funktionäre treffen sich 6 1/2 Uhr.
 - 20. Wk. Bildungsausschuss! Heute abend 6 1/2 Uhr, Andrerstr. 21. Sitzung.
 - 21. Wk. Charlottenburg, Krummholz, den 17. Sept. 7 1/2 Uhr, Frauenabend bei Richter, Hattenstr. 24. Vortrag.
 - 101. Wk. Kreuzberg. Die Gewerkschaft treffen sich heute abend 6 1/2 Uhr zur öffentlichen Versammlung an der Wiener Straße.
 - 102. Wk. Prenzlauer-Berg. Alle Gewerkschaft treffen heute abend 6 1/2 Uhr, von der Schornsteinstr. Eingang Sportplatz, 6 1/2 Uhr.

Wetter für morgen.

Weiter für Berlin und Umgegend. Ueberwiegend bewölkt mit leichten Regenschauern und lebhafteren südwestlichen Winden. Jämlich kühl. — Für Deutschland: Allgemeine Verschlechterung des Wetters. Im Norddeutschland wiederholte Regenschauer, nur im Süden noch etwas besser. Ueberall jämlich kühl.

Sport.

Meisterschaft von Deutschland im Bahnmannschaftsfahren. Der Bund Deutscher Radfahrer veranstaltet am kommenden Sonntag an der Olympia-Radrennbahn das 4er-Bahnmannschaftsfahren über eine deutsche Meile. Der Wettkampf ist offen für alle deutschen Amateur-Bahnmannschaften, 4-6 Fahrer, nichtaktive, welchem Verbande sie angehören. Den Fahrern von Bahnmannschaften, die nicht dem B.D.R. angehören, wird eine auf Antrag ihres Verbandes eigene zu dem Zweck einer Beteiligung an der Meisterschaft von Deutschland erforderliche Lizenz ausgestellt. Anträge auf Ausstellung der erforderlichen Sportausweise sind an den Vorsitzenden des Sportauschusses des B.D.R., Franz Gager, Berlin O., Str. Franzfurter Str. 10, zu richten. Um eine Beteiligung der Bahnmannschaftsfahrer durch andere Wettbewerbs zu vermeiden, werden die Rennen bereits vormittags 10 Uhr an der Olympia-Radrennbahn ausgetragen. Durch diese Anordnung soll ferner erreicht werden, daß die beteiligten Fahrer für die nachmittags 2 1/2 Uhr beginnenden weiteren Wettbewerbe nicht an den Start gehen. Nachmittags gelangt ein 2-tägiger Bahnmannschaftsfahren zum Ausklang, bei dem 2 Fahrer eine Mannschaft bilden, die 4 Wettkämpfe zu bestreiten haben. Fahrer, die nicht an den Meisterschaftsläufen teilgenommen haben, bestreiten den „Olympia-Cross“, ein Vorkampfen mit Vorkämpfen zu jeweils 3 Runden und den Endlauf zu 3 Runden, ferner ein Auscheidungsfahren, bei dem der letzte Fahrer jeder Runde ausgeschieden hat. Ein Zweifelfahren auf 1 Runden mit Vorkämpfen zu 2 Runden und einem Endlauf zu 3 Runden, das offen für alle Bahnmannschaften des B.D.R. ist, bildet den Schluß des Rennens. Die gelbsten Eintrittskarten erhalten für den ganzen Tag ihre Gültigkeit.

Geschäftliche Mitteilungen.

Das im Norden Berlins bestens bekannte Kaufhaus Frau E. Goldschmidt, Danziger Str. 98, am Fochplatz, kann am Mittwoch, den 17. September, auf sein 40jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß veranstaltet die Firma einen Sonderverkauf mit Gratisausgabe und Extra-Redukt. Eindeutige Preisliste.

Gewerkschaftsbewegung

Achtstundentag als KPD-Parole.

Den Gerechten muß alles zum Besten dienen, den Rostauern alles zu Weltrevolutionen. Nachdem in Rußland der Kapitalismus radikal beseitigt und die Diktatur des Proletariats aufgerichtet ist, müßten dort alle Hände voll zu tun haben, um Vorbildliches zu schaffen. Gute Beispiele wirken besser als alle Parolen. Allein die Selbsttäuschung, die kapitalistische Entwicklung gewaltsam abtören zu können, die Umfassung der Herrschaft des Proletariats in eine Diktatur über das Proletariat, erweist die Voraussetzungen als falsch und die daran geknüpften Erwartungen als hinfällig. Die Massen in Rußland werden verdrängt auf die Weltrevolution, und die Arbeiter der übrigen Länder werden mit Parolen der Rostauer Weltkongresse bombardiert, um sie vor die Karre der „Weltrevolution“ zu spannen. Auch der Achtstundentag ist den Weltrevolutionären als Parole nicht zu schade.

Die Rostauer KPD-Führer in Deutschland hatten ihren Boden noch nicht aufgemacht, als die Anordnungen über die Regelung der Arbeitszeit vom 23. November 1918 bzw. 18. März 1919, den Achtstundentag brachten. Die „Roten Fahnen“ schimpften, der Achtstundentag sei überholt, der Sechsstundentag müsse jetzt eingeführt und durch den Vierstundentag verdrängt werden. Daraus ist es bald auch in den „Roten Fahnen“ ruhig geworden.

Doch es folgte die niederträchtige Heße gegen die Gewerkschaften mit dem Erfolg, daß alle Indifferenten aus ihren Organisationen durch die kommunistischen Quertreibereien wieder verdrängt, unter die verbliebenen Mitglieder aber der Geist der Zwietracht getrieben wurde. Was im Verein mit der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse — aus deren Blüten die Kapediten ihren Egoismus schöpfen — den Unternehmern bei der Durchführung des Achtstundentages zustatten kam, das war die Schwärzung der Gewerkschaften durch das Treiben der „Einheitsfront“-Kommunisten. Und nun kommt ein wohlwollender Rostauer Weltkongreß mit seiner Roten Gewerkschafts-Internationalen daher, um zur Herbeiführung der „Einheitsfront“ die ihm unangenehmen „Amsterdamer“ zu verdächtigen und zu beschimpfen.

Alle belgischen Erklärungen der Amsterdamer für den Achtstundentag sind nichts als eintönige demagogische Phrasen, hinter denen nicht der geringste ernste Wille steht, für den Achtstundentag zu kämpfen. Das beweisen eindeutig die Resolutionen des IOB, zum Achtstundentag vom 12. Januar und des Wiener Gewerkschaftskongresses vom Anfang Juli d. J. Insbesondere wird der Amsterdamer Schwindel von der Unantastbarkeit des Achtstundentages charakterisiert durch das Verhalten der deutschen Amsterdamer, die den Achtstundentag der deutschen Arbeiterklasse dem deutschen Kapital preisgaben. Die Zustimmung der Amsterdamer Gewerkschaftsführer zu dem Sachverständigengutachten... ist ein weiterer durchschlagender Beweis dafür, daß die Reformisten nicht den Willen haben, für den Achtstundentag zu kämpfen.

Wir brauchen uns bei dieser Art Beweisführung nicht aufzuhalten, da jedem Arbeiter bekannt ist, daß der Achtstundentag längst vor der Annahme des Sachverständigengutachtens durchbrochen wurde und die Kreditnot, die durch die Annahme des Gutachtens gesteuert wird, vielfach dazu führte, die Arbeitszeit für Hunderttausende vollständig aufzuheben.

Die Kommunisten fagen uns aber, wie sie sich die Wiedererlangung des Achtstundentags denken:

„Der Kampf der deutschen Arbeiter um die Wiedereroberung des Achtstundentages ist ein Kampf gegen die Durchführung des Sachverständigengutachtens. (!) Er kann nur auf revolutionärem Wege und mit revolutionären Mitteln erfolgreich geführt werden.“

Der Kampf um den Achtstundentag kann keineswegs mit parlamentarischen Mitteln oder eng gewerkschaftlichen Methoden zu einem Erfolg geführt werden. Der reformistische „Kampf“ für die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, für die gesetzliche Verankerung des Achtstundentages, für seine Einführung durch so-

genannte Volksabstimmung oder für seine Anerkennung im Prinzip in einem Tarifvertrag, ist nichts anderes als der verwerfliche Versuch, sich vom wirklichen Kampf um den Achtstundentag zu drücken. Der Achtstundentag kann nur durch den rücksichtslosen, permanenten Klassenkampf erobert werden. Seine Sicherung ist nur möglich durch die Aufrechterhaltung der Arbeiterkontrolle über die Produktion, durch die Diktatur des Proletariats.

Es bleibt uns Amsterdamer nichts weiter übrig als „der verwerfliche Versuch“, den Achtstundentag durchzuführen und die Kommunisten weiterhin ihre Weltrevolutionen parolen zu lassen, bis sie selber des Spiels müde sind.

Löhne im Ledensleischergewerbe.

Die neuen Löhne im Ledensleischergewerbe betragen ab 8. September pro Woche: im 1. Jahre nach der Lehrzeit 25 M., im 2. und 3. Jahre nach der Lehre 29 M., Gefellen ohne Verantwortung 34 M., Gefellen mit Verantwortung 38 M., Ladengefellen, die nur ausschließlich im Verkauf tätig sind, 42 M. Für Kost kommen in Wägen pro Woche 7 M., für Logis 3 M., Gefellen, die vollständig außer Kost und Logis sind, erhalten zu dem Wochenlohn 30 Proz. Zuschlag. Solche, die nur in Kost, aber nicht in Logis sind, erhalten 10 Proz. Zuschlag. Denselben Zuschlag erhalten auch Aushilfen.

Internationaler Anti-Kriegstag 1924 am nächsten Sonntag.

Eine „paritätische Arbeitskammer“ im Saargebiet.

Die Regierungskommission des Saargebietes hat nunmehr ihren Arbeitskammerentwurf für das Saargebiet fertiggestellt. Die zu schaffende Kammer soll die Eintracht zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf dem Wege zur Zusammenarbeit fördern und die Zusammenarbeit zwischen dem Saargebiet und dem internationalen Arbeitsamt dienen. Insbesondere sollen ihr zur Begünstigung aller sozialpolitischen Gesetzentwürfe vor Weiterleitung an den Landesrat unterbreitet werden. Die paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gewählte dreißigköpfige Kammer soll nur aus Saargebietern bestehen, die nach Vorschlägen der interessierten Kreise von der Regierungskommission ausgewählt werden. Die Einberufung sowie die Festsetzung der Tagesordnung geschieht durch die Regierungskommission, die sich auch das Recht zur Auflösung vorbehält, wenn die Arbeitskammer durch Uebergriffe ihrer Befugnisse zur „Gefährdung der öffentlichen Ordnung“ beiträgt.

Zu diesem Entwurf wäre mancherlei zu sagen. Zunächst ist bezeichnend, daß der Entwurf zu einer Arbeitskammer, die von den Gewerkschaften schon seit Jahren gefordert wird, in demselben Augenblick von der Regierungskommission bekanntgegeben wird, wo in Genf eine Denkschrift der politischen Parteien über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten an der Saar Gegenstand eingehenden Aussprache sein soll. Die Regierungskommission hofft offenbar, auf Grund dieses Arbeitskammerentwurfs die Aussprache in Genf als überholt erscheinen zu lassen. Die „Parität“ in der Zusammensetzung erhält dadurch eine besondere Bedeutung, daß die Regierungskommission die Mitglieder der Kammer auf Grund „der Vorschläge der interessierten Kreise“ ernannt. Zu den „interessierten Kreisen“ gehört der die Lösung des Saargebietes von Deutschland betreibende vom Major Richter gegründete „Saarbund“ und die französisch-saarländische Handelskammer. Weiter verdient hervorzuheben zu werden, daß die Arbeitskammer nur nach den Anweisungen der Regierungskommission zu arbeiten hat. Was unter „Gefährdung der Ordnung“ zu verstehen ist, hat die Erfahrung gelehrt.

Zum Kampf in der Wiener Metallindustrie.

Die Verhandlungen am Montag zwischen dem Hauptverband der Industrie und den Metallarbeitern wurden nach längerer Debatte auf Dienstag vormittag vertagt. Die Vollversammlung des Hauptverbandes der Industrie ermächtigte das Verhandlungskomitee, mit den Arbeitern Verhandlungen über die Erhöhung der Löhne vorzunehmen, welche jedoch nicht die von den Arbeitnehmern verlangte Ausmaße erreichen könnten. — In

Straz sind nach Befreiung der Wiener Zeitungsleitung gestern sämtliche Metallarbeiter, ungefähr 3000, in den Streik getreten.

Terroristische Methoden.

(J. G. B.) Im Augenblick wo die Kommunisten über „Einheitsfront“ und sogar Einheitsfront der Organisationen sprechen, unterlassen sie in Jugoslawien keine einzige Gelegenheit, Versammlungen unserer Genossen gewalttätig anzugreifen und womöglich zu sprengen. Nur mit Anwendung von Gewalt und nach gegenseitigem Verprügeln können sie abgehalten werden. Besonders sind die Kommunisten bestrebt, jene Versammlungen zu sprengen, in denen hervorragende Genossen vom Auslande als Gäste der jugoslawischen Arbeiter sprechen. Ein blutiger Angriff wurde auf die Versammlungen des Genossen Sassenbach in Judisjana und Zagreb verübt, und nun neuerdings auf die Versammlung des Genossen Wanderselbe in Belgrad. Jedesmal mühten sich unsere jugoslawischen Kameraden gegen kommunistischen Terrorismus wehren und mit Blutopfern die durch die Kommunisten bedrohte Versammlungs- und Redefreiheit erlangen und sichern. Die sozialdemokratische Parteileitung hat deshalb einen öffentlichen Protest und eine Erklärung herausgegeben, worin betont wird, daß eine terroristische Bewegung wie die kommunistische jedes moralische Recht verloren hat, sich in der Öffentlichkeit über den von der Bourgeoisie gegen sie gerichteten Terror zu beklagen.

Die Stärke der belgischen Gewerkschaften.

Aus einem kürzlich erschienenen Bericht geht hervor, daß am 31. Dezember 1918 504 008 Mitglieder bei der belgischen Gewerkschaftskommission angegeschlossen waren. Seitdem dürfte die Gesamtmitgliederzahl 600 000 überschreiten, denn alle größeren Verbände haben einen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Die größten Verbände sind der Metallarbeiterverband mit 100 000 und der Bergarbeiterverband mit 75 000 Mitgliedern. Das Fortvermögen der belgischen Gewerkschaftskommission betrug am Schluß des vergangenen Jahres 55 500 000 Fr. Der Bergarbeiterverband hatte um diesen Zeitpunkt ein Vermögen von 15, der Metallarbeiterverband ein solches von 12 und der Textilarbeiterverband ein solches von 8 Millionen. Die Gesamteinnahmen der belgischen Gewerkschaften betragen im vergangenen Jahre 84 und die Gesamtausgaben 52 Millionen Frank.

Die Regier und die Gewerkschaftsbewegung.

(J. G. B.) Die Emanzipations-Bewegung der Regier in Amerika beginnt für die Gewerkschaftsbewegung eine schwierige Lage zu schaffen. Bis jetzt haben die verschiedenen Gewerkschaften keine farbigen Arbeiter aufgenommen, und die Regier empfinden diesen Ausschluß als Beleidigung. In einer offiziellen Erklärung der Nationalen Vereinigung für die Emanzipierung der Farbigen wird auf die Gefahr hingewiesen, denen sich die weißen Arbeiter aussetzen, wenn sie ihre farbigen Kameraden boykottieren. Sollte diese Lage noch lange andauern, so könnte es laut dieser Veröffentlichung leicht geschehen, daß sich die Regier zu einem zu den weißen Arbeitern im Gegensatz stehenden Verband organisieren. Bereits ist der Streik der Stahlarbeiter mit Hilfe farbiger Arbeitskräfte gebrochen worden, und bald werden diese in der Lage sein, jeglichen Streik unmöglich zu machen, wenn sie nicht in den bestehenden Gewerkschaften zugelassen werden. Aus einem Klassenproblem ist eine soziale Frage geworden.

Der Internationale Bund der Priortangestellten hielt vom 27. bis 29. August in Zürich eine Vorstandssitzung ab, der Sitzungen der Gruppen Techniker und Bankangestellte vorangingen. Es wurde u. a. beschlossen, den nächsten internationalen Kongreß im September 1925 in Kopenhagen abzuhalten. Vor diesem Kongreß sollen ebenfalls Sonderkongresse der Techniker und Bankangestellten stattfinden. Für die Tagesordnung des Kongresses sind Referate über Sozialversicherung, den gesetzlichen Achtstundentag und die Industrieorganisation vorgesehen. Ueber die Lage der Handelsreisenden in den verschiedenen Ländern soll eine Erhebung veranstaltet werden. Der Minimalbeitrag für das Jahr 1925 wurde auf 12 holländische Gulden pro 1000 Mitglieder festgesetzt, für 1926 soll er 20 Gulden betragen.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Felix Gehrman; Gewerkschaftsbewegung: J. G. B.; Feuilleton: A. S. Böcher; Soziales und Sonstiges: Erik Karst; Anzeigen: Th. Giese; Buchhändler in Berlin: Berlin: Bornhörs-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

WALHALLA
am Rosenthaler Tor

12
internationale
Kunstkräfte

Anf. 7^{1/2} Uhr. Mäßige Preise!
Vorverk. ab 11 Uhr ununterbrochen

Im Tunnel:
Gr. Sehenswürdigkeit!
20 Stimmungs-
Kanonen
Eintritt frei!

In jeder guten Buchhandlung:

Arno Holz

Des berühmten Schöpfers
Dafnis
kühnste verkürzte Färbliche

Sresz-Sauff- & Venus-Lieder
benebt angehängten
Aufsichtigen und Reizmüßigen
Bußstrafen?

J.H.W. Dietz Nachf. Berlin 1924.

Halbpergament 10 M., Rohleinen 9 M.,
Halbleinen 8 M.

25

Aus Anlaß unseres 25 jährigen Geschäftsjubiläums geben wir am
Mittwoch, den 17. September 1924, außer einer Jubiläumsgabegabe, auf alle Waren einen

Extra-Rabatt von 5%

Hervorragende Angebote in unseren Abteilungen

Kleiderstoffe :: Damen- u. Kinderkonfektion :: Prachtvolle Herren-Anzugstoffe :: Große Auswahl aller Art. Wäsche, Trikotagen, Strümpfe, Gardinen, Teppiche, Läuferstoffe u. Decken :: Echtfarb. tederdichte Inletts

Heyn & Goldschmidt
Danziger Straße 98, am Hochbahnhof

1899-1924

Läuferstoffe • Teppiche
in Velour, Bouclé, Kokos — Diwan-Decken

Linoleum als Zimmerbelag, Läufer, Teppiche
in großer Auswahl

Kokos-Matten in allen Qualitäten und Größen

Ausführung jeglicher Linoleumarbeiten

G. Bargende, Charlottenburg
Windscheidstr. 11 (Ecke Postallee) | Wilmsdorfer Str. 70 (Mitte Kurfürstendamm)
Fernsprecher: Wilhelm 2730 | Fernsprecher: Steinplatz 4191

Seiterwagen
u. alle ander. Transporteräte liefert billigst.

Großer Vorrat.
Georg Wagner
Köpenicker Str. 71.
Tele. Lützowplatz.
Keine Schaufenster-Reklame, allseitig billigere Preise

Strickwesten
u. Jacken 8 75 12, 10 17 30, reine Wolle Ueber 300 Stk. v. d. kleinsten Kindergröße bis zur größten Weite ständig a. Lager

Bleyles sämtl. Fabrikate zu Originalpreisen.

Bruno Richter & Co., Fabr.-Ndlg., Thüring. Wolllwaren — Bin.-Pankow Mühlenstr. 1, Ecke Brel-e Str.

Stahlmatrizen
n. Maß, Postreife, Metall, a. Fein, Gültig Berlin Rat. Matrl. Eisenmühl. Subst. Gültig.

HOLZKÜSER
von 500 Mk. an. Schuppen, Hallen, Gerägen etc. liefert preiswert kurzfristig
Holzbau Litzmann
H. 54, Lützowpromenade 91-93
Norden 6070/21

Gicht Bei Kurz. April-Oktbr. Rheumatismus, Ischias, Frauenleiden, Leuzorrhoe, 100 über 50 Jahre bewährt
Eisenmoorbad
Bad Schmiedeburg, Bezirk Halle
Bahnhof Wittenberg-Eilenburg, Herrliche Waldsee, end. Großes Kurbad in Versammlungsräumen f. Kongresse usw. Prospekt 96 gegen Rückporto durch städtische Badeverwaltung.

Teppiche
persönlich direkt Fabrik Bernhard Strohmangel, 72 Wallstr. 72/73 Spittelmarkt, C. Schell u. Nilsen, Berlin, Pl. 7, Tele. 6070/21